

Deshalb wollen wir auch Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auf Bezirksebene in einen fairen Zusammenhang bringen. Auf Vorschlag der GAL haben alle in der Bürgerschaft vertretenen Parteien mit dem Verein Mehr Demokratie die Grundlage für ein neues Gesetz entwickelt. Im Vordergrund stehen der Ausbau von Moderations- und Einigungsmöglichkeiten vor einem Bürgerentscheid. Damit eine Abstimmung für das Gemeinwesen sinnvoll ist und keine falschen Erwartungen geweckt werden, mussfrühzeitig die rechtliche Zulässigkeit des Anliegens geprüft werden. Auch die Zusammenlegung von Bürgerentscheiden und die Möglichkeit, dass die Bezirksversammlung einen schnellen Bürgerentscheid zu begonnenen Bürgerbegehren den Bürgerinnen und Bürger Fragen zur Abstimmung stellen kann, sollen das Verhältnis zwischen Bürgerinnen und Bürgern, der Verwaltung und Dritten auf eine fairen Grundlage stellen, damit die Legitimation von Entscheidungen steigt. Entscheidend dafür sind bessere und verständlichere Informationen zum Entscheidungsgegenstand, hier soll ein Infoheft der Bezirksversammlung nach dem Vorbild bei Volksentscheiden helfen.

Das Internet spielt bei einer Beteiligungskultur im 21. Jahrhundert eine immer bedeutendere Rolle. Deswegen wollen wir für Hamburg die bisher wenig genutzte Volkspetition zu einer Internetpetition nach dem Vorbild des Deutschen Bundestages weiterentwickeln und so mehr Menschen für Beteiligung zu gewinnen.

Farid Müller (KV Hamburg-Mitte), Horst Becker (KV Eimsbüttel), Karsten Vollrath (KV Wandsbek)

Begründung:

Wenn die GAL mit dem Thema Mehr Bürgerbeteiligung in den Wahlkampf zieht, sollten nicht nur neue unverbindliche Beteiligungsformen im Vorfeld von Großprojekten eine Rolle spielen, sondern auch die Ausgestaltung der vorhandenen Bürgerbeteiligung, die vor allem vor Ort in den Bezirken immer wieder zu Diskussionen führt. Deswegen hatte die GAL-Fraktion einen Roundtable im Rathaus mit allen Bürgerschaftsfraktionen und Mehr Demokratie einberufen, der seit Monaten an einem neuen Gesetz für Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden arbeitet. Die o.g. neuen Instrumente für die Bezirke waren bisher Konsens für ein neues Gesetz unter den Fraktionen und mit Mehr Demokratie. Die GAL als Motor einer Bürgerbeteiligungskultur in Hamburg sollte das Erreichte daher sichern und sich zu eigen machen. Zumal die Ergebnisse im Wesentlichen einem Beschluss der LAG Demokratie und Recht entsprechen, der auch Verhandlungsgrundlage der Bürgerschaftsfraktion war und ist. Eine Aufnahme in das Wahlprogramm, hilft der Partei bei möglichen Koalitionsverhandlungen zudem Bestrebungen nach Hürden oder Einschränkungen von Bürgerentscheiden abzuwehren.